

Erstens: Die künftige Struktur der gymnasialen Oberstufen muss sich an langfristig stabilen Schülerzahlen ausrichten. Zur Überbrückung der extrem dünnen Jahrgänge - von 2009/10 bis 2012/13 gehen wir von solchen aus - sind deshalb Sonderregelungen notwendig.

Zweitens: Die schulentwicklungsplanerische Perspektive der gymnasialen Oberstufe muss in den Zusammenhang der geplanten Verkürzung der Schulzeit zum Abitur mit den Regelungen zur Begabungsförderung gestellt werden. Neben dem zwölfjährigem Abitur muss es auch weiterhin den Weg über 13 Jahre Schule zum Abitur geben.

Drittens liegt mir sehr am Herzen: Die Oberschule darf nicht zur Sackgasse in unserer Bildungslandschaft werden. Die Schülerinnen und Schüler, die diese Schulform besuchen, müssen die Chance haben, ein Abitur abzulegen. Es muss selbstverständlich sowohl horizontal als auch vertikal eine Durchlässigkeit erhalten bleiben.

Viertens: Neben dem Gymnasium soll es in allen Landkreisen, natürlich auch in allen kreisfreien Städten - dort ist es nicht sonderlich problematisch -, ein alternatives Angebot geben, um zum Abitur zu gelangen. Das kann eine gymnasiale Oberstufe an einem Oberstufenzentrum, aber auch an einer Gesamtschule sein.

Fünftens: Die Qualität - das ist sehr wichtig - der gymnasialen Oberstufe in Brandenburg muss gesichert und weiterentwickelt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die sinkenden Schülerzahlen eine sinkende Qualität in unseren Oberstufen zur Folge haben.

Die Koalition hat sich vorgenommen, den Anteil der Abiturienten bei Sicherung der Bildungsstandards zu erhöhen. Ich spreche in diesem Zusammenhang allerdings lieber von Studienberechtigten, weil ansonsten die Schulabsolventen mit Fachhochschulreife und die Fachhochschüler allzu leicht vergessen werden. Auf diesem Feld, meine Damen und Herren, hat das Land Brandenburg gerade vor dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel noch ein erhebliches Ausbaupotenzial. Während Brandenburg bei der Abiturientenquote im Bundesdurchschnitt liegt, ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Fachhochschulreife erwerben und später an Fachhochschulen studieren sollten, nur etwa halb so groß wie der Bundesdurchschnitt. Auf diesen Punkt werden wir in der nächsten Zeit ein besonderes Augenmerk richten. Hier liegt mir die besondere Schulform des Oberstufenzentrums als ein Weg zum Abitur sehr am Herzen, der am Ende qualitativ nicht etwa ein minderwertiges Abitur vermittelt, sondern ein gleichwertiges Abitur, das für den einen und anderen vielleicht noch interessanter ist, weil es mehr berufsorientiert ist als die klassische Gymnasialausbildung. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Recht herzlichen Dank, Herr Minister. - Wir haben damit die Redeliste abgearbeitet. Bevor ich zur Abstimmung komme, begrüße ich die Damen und Herren, die jetzt schon seit längerer Zeit bei uns im Plenarsaal sitzen. Sie kommen von der Landesakademie für öffentliche Verwaltung Neu Fahrland. - Seien auch Sie herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Entsprechend der Beantragung stelle ich zunächst den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/2764 zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 4/2729. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist diesem Antrag bei einer Stimmenthaltung zugestimmt worden.

Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 11.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, komme ich zum Tagesordnungspunkt 7, Abgeordnetengesetz, zurück. Ich hatte zugesagt, im stenografischen Protokoll prüfen zu lassen, was während der Aussprache passiert ist. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Dr. Klocksin die parlamentarische Ordnung mit einem Zwischenruf verletzt hat. Ich rüge dies und erteile ihm einen Ordnungsruf. Dies ist zwischen uns im Präsidium abgestimmt, nachdem wir uns das Protokoll angesehen hatten.

(Dr. Klocksin [SPD]: Frau Präsidentin, es ist mir eine Ehre!)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Brandenburg gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/2730

Zur Einbringung des Antrags erteile ich Frau Richstein von der CDU das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In 65 Tagen wird „die Welt zu Gast bei Freunden“ hier in Deutschland sein - ein Ereignis, das uns freut. Nach Erkenntnissen des Organisationskomitees dürfen wir bis zu 3 Millionen Gäste erwarten. Hier geht es aber nicht nur um ein sportliches Ereignis und nicht nur um Kommerz, sondern auch darum, welches Bild wir Deutsche in die Welt hinaus senden.

(Beifall bei der CDU)

Leider ist dort, wo Licht ist, immer auch Schatten. Wir wissen, dass gerade mit solchen Großveranstaltungen stets Kriminalität einhergeht. Oftmals sind es nur Eigentumsdelikte wie Taschendiebstahl;

(Bochow [SPD]: Was heißt „nur“?)

aber leider sind auch Verbrechen wie Menschenhandel und Zwangsprostitution bei diesem Großereignis zu erwarten. Dieses Thema wird oft tabuisiert. Mit unserem Antrag wollen wir

es aufnehmen; denn Menschenhandel und Zwangsprostitution sind die abscheulichsten Straftaten gegen Frauen. Wir verurteilen diese Straftaten.

(Beifall bei CDU, SPD und der Linkspartei.PDS)

Nicht umsonst definiert das Online-Lexikon „Wikipedia“ Zwangsprostitution als etwas, das nicht der Prostitution zuzurechnen ist, sondern eine moderne Art der Sklaverei darstellt. Es ist zu erwarten, dass gerade die organisierte Kriminalität die Weltmeisterschaft ausnutzt, um viele Mädchen und Frauen nach Deutschland zu verschleppen und hier zur Prostitution zu zwingen.

Im Rahmen der Weltmeisterschaft werden ungefähr 400 000 Prostituierte in Deutschland erwartet, von denen 30 000 bis 40 000 gezwungen werden, sexuelle Dienste anzubieten. Diese Frauen kommen vornehmlich aus dem mittel- und osteuropäischen Raum. Brandenburg ist aufgrund seiner langen Grenze zu Polen leider ein besonderes Einfallstor.

Meine Damen und Herren, Kriminalität im Bereich des Rotlichtmilieus bedeutet für die betroffenen Frauen Gewalt und Erniedrigung. Für die Zuhälter und Schleuser bedeutet sie im Rahmen der Weltmeisterschaft einen Gewinn von bis zu 100 Millionen Euro. Weltweit bringt der Handel mit Frauen Milliardengewinne, mehr Geld, als mit Drogen- und Waffenhandel erwirtschaftet wird. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Im Zentrum unseres Fokus sollte die Situation der Zwangsprostituierten stehen. Erniedrigung, Körperverletzung, Verschleppung, Verstümmelung, Vergewaltigungen - das ist der Alltag von Zwangsprostituierten. Erst wird ihr Wille gebrochen, danach vielleicht auch noch ihr Genick. Hier wird in größter Weise gegen Menschenrechte verstoßen. Unsere Parole sollte sein: hinsehen, einmischen, Position beziehen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag wenden wir uns gegen Zwangsprostitution. Wir werden sie nicht verhindern können. Aber wir machen Zwangsprostitution öffentlich und rufen auch die Freier auf, auf Anzeichen von Gewalt gegen Frauen zu achten. Männer, die diese Dienstleistung kaufen, bereiten durch ihre Nachfrage erst den Boden für Menschenhandel; diese Nachfrage schafft erst den Markt. Folglich sind diese Männer auch nicht frei von der Verantwortung gegenüber dem Leid verschleppter Frauen.

(Beifall bei der CDU)

Es darf den Männern nicht egal sein, ob eine Frau ihre Dienste freiwillig anbietet oder ob sie dazu gezwungen wird. Wer Frauen benutzt, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in unser Land verschleppt wurden, macht sich genauso schuldig wie diejenigen, die sie in Gefangenschaft halten und ausbeuten.

(Beifall bei CDU, SPD und der Linkspartei.PDS)

Bundesweit und auch hier in Brandenburg engagieren sich zahlreiche Initiativen, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und aufzuklären und den betroffenen Frauen Hilfe zu leisten. Dafür sage ich diesen Organisationen von dieser Stelle aus ganz ausdrücklich Dank. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Aber ebenso wichtig ist die Arbeit der Polizei und der Jus-

tiz. In Brandenburg wird viel zur Unterstützung der Opfer getan. Darüber hinaus gibt es aber noch Prüf- und vielleicht auch Anpassungsbedarf, beispielsweise bei den Strafvorschriften gegen die sexuelle Ausbeutung von Menschenhandelsopfern, wenn es um das Verhalten jener Männer geht, die solche Dienste in Anspruch nehmen.

Es ist uns bewusst, dass wir mit dem vorliegenden Antrag nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung gehen. Aber immerhin bewegen wir uns. Am 10. Juli 2006 wird die Weltmeisterschaft Geschichte sein. Aber Frauenhandel und Zwangsprostitution wird es dann in Deutschland und in Europa noch immer geben. Solange Frauen auf diese abscheuliche Weise ausgebeutet, erniedrigt und gequält werden, besteht für uns Handlungsbedarf. Die zuständigen Kollegen aus meiner Fraktion werden dieses Thema weiterbehandeln, ob nun im Sozialausschuss, im Rechtsausschuss oder im Innenausschuss. Solange Menschenrechte hier mit Füßen getreten werden, dürfen wir nicht wegschauen. Vielmehr müssen wir handeln. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung, um diese Missstände abzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Schönen Dank. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion der Linkspartei.PDS fort. Die Abgeordnete Kaiser spricht zu uns.

Frau Kaiser (Die Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstütze den Beitrag der Abgeordneten Riehstein ausdrücklich, genauso wie auch meine Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen wird. Er hat für uns selbstverständlich einen deklarativen, einen auffordernden Charakter. Wir meinen, dass es notwendig ist, uns damit in der Zukunft noch einmal inhaltlich zu befassen; denn Zwangsprostitution gerät vor dem Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft einfach mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit. Es ist jedoch ein Problem, das immer da war und mit dem wir uns nicht ausreichend befasst haben, zumindest nicht regelmäßig. Wir sollten Fragen an uns stellen, wie wir in der Zukunft die Aufgaben, von denen Sie gesprochen haben, lösen. Zum Beispiel fasst der „Frauenpolitische Dienst“ des letzten Monats zusammen: Es braucht mehr Kapazitäten bei Justiz und Polizei zur Bekämpfung von Zwangsprostitution. Wie steht es damit bei uns? Und es braucht ein garantiertes Bleiberecht für Zwangsprostituierte, die gegen Schleuser aussagen - also die Frage des Zeuginnenschutzes. Hier steht auch für uns ein Fragezeichen. Wie setzt sich unsere Landesregierung bundespolitisch ein?

Ich möchte noch einige Argumente zur Debatte beitragen. Es darf uns bei dieser Debatte nicht um die Kriminalisierung von Prostituierten gehen, sondern um Hilfe für Frauen, die verschleppt wurden, die in rechtloser Situation gehalten, die erpresst werden, die sich in Zwangssituationen befinden, ohne Papiere, häufig verschuldet, oder weil sie Geld bekommen haben, als man sie unter Vortäuschung falscher Tatsachen und falschen Versprechungen auf einen anderen Arbeitsplatz nach Deutschland holte. Sie sind eingeschüchert und haben keine Sprach- und Rechtskenntnisse.

Darüber hinaus geht es in dieser Debatte um die Aufklärung